Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 93 (1999)
Heft: 5

Artikel: 10 Jahre nach der Ökumenischen Versammlung in Dresden
Autor: Rüttimann, Vera
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144170

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vera Rüttimann

10 Jahre nach der Ökumenischen Versammlung in Dresden

Die Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Dresden vor genau zehn Jahren war in der Endphase der DDR für viele Menschen zu einem Begriff geworden. Die Versammlung avancierte zur Auftaktveranstaltung zum Wendeherbst 1989. Was blieb übrig vom Geist der Dresdner Versammlung? Eine Spurensuche der in Berlin lebenden Schweizer Journalistin Vera Rüttimann. Red.

Der Kairos von 1989

Dresden am 13. Februar 1989. An der alljährlichen Gedenkfeier zur Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg zogen die Menschen mit Kerzen zur Ruine der ausgebombten *Frauenkirche*. In Gegenwart westlicher Korrespondenten forderten Sprechchöre: «Freiheit» und «Die Mauer muss weg». Das System war am Ende. Im «Ausreisebezirk» Dresden spitzte sich die Lage dramatisch zu. Die SED versuchte nach diesem Vorfall auf allen Ebenen Druck auf die Kirchen auszuüben.

In dieser Situation fand in Dresden die *Ökumenische Versammlung* statt. Ihr war ein intensiver Prozess vorausgegangen. Der vom Weltkirchenrat 1983 und später von *Carl-Friedrich von Weizsäcker* angestossene «Konziliare Prozess» sollte auch in der DDR verankert werden. Eine Vorbereitungsgruppe um den damaligen Stadtpfarrer *Christoph Ziemer* rief 1987 unter dem Motto «Eine Hoffnung lernt gehen» die Gemeinden dazu auf, Lösungsvorschläge für die Thementrias «Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung» zu unterbreiten. Eine Lawine war losgetreten. 10 000 Vorschläge gingen ein. Die Machthaber befürchteten, dass da eine «politisch feindliche Plattform zusammengezimmert wurde».

An der Versammlung wurden *Grundsatztexte* verabschiedet, die zu Meilensteinen der friedlichen Wende werden sollten. Die Versammlung schrieb damit gleichsam über Nacht – und zu ihrer eigenen Überraschung – das Drehbuch zur Wende. Aus Akten ist heute ersichtlich, dass die Staatssicherheit die Texte der Versammlung als den «aktuellsten und vollständigsten Forderungskatalog hinsichtlich gesellschaftspolitischer Veränderungen in der DDR» wertete. Der Kairos wirkte zur rechten Zeit am rechten Ort.

Erwartungen, Hoffnungen, Unruhe

Zehn Jahre später trafen sich jetzt in der Dresdner Dreikönigskirche die Delegierten der 89er Versammlung unter dem Motto «Ist die Hoffnung gegangen?» wieder. Eingeladen hatte das Ökumenische Informationszentrum Dresden. *Randi Weber,* Mitarbeiterin des Zentrums, das zu einer guten Adresse für konziliare Gruppen avanciert ist, unterstrich gleich zu Beginn, dass die Tagung keinen nostalgischen Rückblick beabsichtige. An der Eröffnungsveranstaltung wäre dies beinahe misslungen, denn die wohlige Bilanz von hochkarätigen Rednern wie dem Generalsekretär von Pax Christi Joachim Garstekki, der die Ökumenische Versammlung als Katalysator der DDR-Wende bezeichnete, und die grobkörnige Fotos- und Samisdat-Produktionen liessen einen tief in die Hochphase des Konziliaren Prozesses eintauchen und nostalgisch warm werden.

Von Beginn an herrschten Palavergeist und gedankliche Bündelung. Basischristen, Kleriker, Katholiken oder Protestan-

ten, Ost- oder Westdeutsche – viele ökumenische Netzwerkerinnen – sahen sich nach Jahren der Zerstreuung wieder, lagen doch die kleineren Nachfolgeversammlungen in Eisenach, Magdeburg, Erfurt, Rostock und Berlin schon etwas länger zurück. «Ich wollte einfach mal sehen, wen das heute noch interessiert», äusserte der Erfurter *Martin Langer* seine Erwartung. «Ich habe mich gefragt: Herrscht Endzeitstimmung beim Konziliaren Prozess?»

Als sich die ehemaligen Delegierten in der Dreikönigskirche unter dem grossen GFS-Logo versammelten, begann es in den Köpfen zu arbeiten. Die Erwartungen und die Unruhe waren fast mit Händen zu greifen. Klar wurde: Die meisten waren gekommen, um gemeinsam darüber zu streiten, ob die Ökumenische Versammlung in Dresden «nur» ein achtbares Stück DDR-Vergangenheit bleibt oder *zukunftstauglich* ist.

Neue alte Protagonisten

An der Tagung war zu beobachten, dass die damaligen Leitfiguren des Konziliaren Prozesses und der ostdeutschen Kirche zehn Jahre später dieselben geblieben sind. Die Adelung der DDR-Kirche als «Dach der Opposition» und die damit verbundene Pastoren-Rolle qualifizierte sie für höhere Weihen.

Allerdings scheinen die meisten ihren Wurzeln treu geblieben zu sein: Aus dem Delegierten *Friedrich Schorlemmer* wurde der durch Talkshows und Vorträge bekannt gewordene linke Pfarrer und Sozialdemokrat. *Wolfgang Ullmann* sitzt als Vertreter von Bündnis 90 im Europaparlament. *Heino Falcke,* Motor der ökumenischen Bewegung in der DDR, bleibt ein vielbeachteter Theologe und Kirchentagsredner. *Lothar de Maiziere,* letzter DDR-Ministerpräsident, sorgt in verschiedenen kirchlichen Gremien für die Verankerung der Dresdner Texte. *Herbert Wagner,* Sprecher der oppositionellen «Gruppe der 20» in Dresden, setzte sich als Oberbürgermeister dafür ein, dass der Konziliare Prozess in die Präambel der Verfassung des Freistaates Sachsen einging.

Der Prozess wurde und wird durch Einzelpersönlichkeiten geprägt und vorangetrieben. Zum Beispiel durch *Heiko Lietz.* Der baumlange Pazifist gilt in Ostdeutschland als «Mr. Runder Tisch» und wird an der Tagung als «ökumenischer Dauerbrenner» begrüsst. Er sorgt dafür, dass das legendäre Möbel, das ebenfalls aus dem Geist des Konziliaren Prozesses hervorging, auch heute noch von Politikern, Ministern und Medien benutzt wird.

Erfahrungen West – Erfahrungen Ost

Nach den Impulsreferaten wurde in thematischen Gruppen gearbeitet. Im Zentrum standen Erfahrungsberichte. Für viele eine langersehnte Gelegenheit, die eigenen *biographischen Brüche* in den Nachwende-Jahren darzulegen. Die Berichte der ökumenischen Netzwerker in Ost und West unterschieden sich deutlich. Lockerer Palavergeist war angesagt, intellektuelle Analyse fand am Rande statt. Zuhören war wichtig. Ermüdet und vom eignen Einsatz aufgezehrt seien viele der konziliaren Gruppen in Westdeutschland, berichtete eine Umweltaktivistin aus Krefeld. Der langjährige Frust in der hindernisreichen Zusammenarbeit mit bürgerlich *restaurativen Kirchengremien* habe mürbe gemacht. «Ich fühle mich so erfolglos wie eh und je», gab eine Frau aus Dortmund zu Protokoll.

Der *Konziliare Prozess* habe seine integrierende Kraft verloren. Die Aussagen belegten, dass sich die Gruppen ausfächerten, sich aber auch neu verzahnten mit gleichgerichteten Initiativen und Verbänden. Katholikinnen und Katholiken fanden ähnliche Inhalte bei der *Kirchenvolksbewegung* oder beim *Sozialwort der Kirchen.*

Die *Anschlusspolitik* des Westens zerstörte 1990 alle konziliaren Hoffnungen. «Für uns konziliaren Christen kam noch dazu, dass sich die Kirchen westlich wendeten», sagte Friedrich Schorlemmer in einer Tagungspause. Trotz historischer Errungenschaften sitzt die Ernüchterung tief. Heino Falcke brachte diese Sicht gleich zu Beginn der Tagung auf den Punkt: «Die Ökumenische Versammlung war ein er-

staunlicher Erfolg. Die Ökumenische Versammlung ist gescheitert.» In der Kohl-Ära verlor der Konziliare Prozess auch die Aufmerksamkeitskonjunktur. Die im Konziliaren Prozess Ostdeutschlands Engagierten haben zudem Wechselbäder, Hoffnungsverluste und persönliche Brüche hinter sich, die von ihren westdeutschen Mitstreiterinnen und Mitstreitern kaum nachvollziehbar sind.

Während ein Mann aus Köln den Ostdeutschen vorwarf, «die Früchte der Wende in den Folgejahren abgegeben zu haben», entgegnete ein Dresdner: «Die politische Wende musste im Kopf vollzogen werden. Es ist nicht einfach, die westliche Welt zu verkraften.» Im Herbst 89 verliessen zudem viele oppositionellen Gruppen den «Bereitstellungsraum» Kirche, viele ihrer Wortführer verliefen sich in die Politik. An diesem empfindlichen *Aderlass* darben die ökumenischen Basischristen noch heute, gerade weil 40 Jahre Staatssozialismus ein nahezu «entchristlichtes» Land hinterlassen hätten.

Als tragisch empfanden es zudem viele Ostdeutsche, dass ihnen durch die rasanten Zeitläufe die Führung entgleiten musste. Joachim Garstecki bilanzierte hingegen nüchtern: «Die Frage der *Machtbeteiligung* hatte die ökumenische Versammlung ausgeklammert. Sie war im Frühjahr 1989 nicht davon ausgegangen und es entsprach auch nicht ihrer Philosophie.»

Neu geschärfte Gerechtigkeitsfrage

Durch die faktische *Degradierung Ostdeutschlands* zum «Beitrittsgebiet» und die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit, die Verarmung von Alten und Frauen, das Aufkommen rechtsextremer Gewalt wurde vor allem die Gerechtigkeitsfrage neu geschärft. Heino Falcke gab deshalb bei jeder Gelegenheit kund: «Die Zeitansage der Dresdner Versammlung vor zehn Jahren hat nichts an Aktualität verloren. Die Hoffnung muss wieder aufstehen. Die Wende war keine Umkehr.»

Im einem Plenum, wo es um die *Relektüre* der Dresdner Texte ging, unterstrich Hans-Jürgen Fischbeck, Mitgründer der DDR-Gruppe «Demokratie Jetzt» und heutiger Leiter einer evangelischen Akademie, die Wichtigkeit der Forderungen im 89er Text *«Mehr Gerechtigkeit in der DDR»*, der heute nicht nur von Kirchenhistorikern als Magna Charta der DDR-Wende bezeichnet wird. Viele Forderungen hätten sich historisch erledigt. Aber: «Für Verfolgte einzutreten, heisst heute, die Verteidigung des Asylrechts und das Recht auf Arbeit einzuklagen.»

In seinem mit Spannung verfolgten Statement zitierte Fischbeck aus dem Dresdner Text und übersetzte ihn in die Gegenwart: «Es fehlt an Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit.» Fischbeck: «Diese für die DDR-Wirklichkeit getroffenen Feststellung gilt in ganz besonderer Weise auch in der pluralistischen Marktwirtschaft. Wir wandten uns gegen die institutionalisierte Verlogenheit der Propagandawelt der SED und forderten ‹in der Wahrheit leben› zu können (Vaclav Havel). In der neuen westlichen Welt aber steht Wahrheit unter Ideologieverdacht. Wahrheit gib es nicht – so wird gesagt – es gibt nur Interessen.» Auch die Forderung im 89er Text nach der «Übereinstimmung über das, was ist, was bleiben und was werden soll», sei angesichts der Analyse der Riokonferenz, die die Nachhaltigkeit der westlichen Zivilisation grundsätzlich in Frage stellte, aktueller denn je.

Mehrere Delegierte regten an, die DDR-Tradition der «Zeugnisse der Betroffenheit» in ihren Gemeinden wieder aufzunehmen. In der Dreikönigskirche hing ein Plakat mit dem Satz: «Die Diktatur des Geldes ist schlimmer als die Diktatur des Proletariats.» Es erntete Zustimmung, aber auch den Vorwurf der «Ostalgie». Falckes Kommentar: An die Stelle der Verstaatlichung der Gesellschaft trete nun die immer weiter voranschreitende «Vermarktung» der Gesellschaft. Er nannte das *Mammonismus*. Dies zu erkennen und dem zu widerstehen, werde heute mehr denn je zur *Bekenntnisfrage,* denn «ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon» (Matth. 6,24), wie es schon im 89er Text hiess.

Angesichts der *Deindustrialisierung* im Osten und der damit verbundenen Massenarbeitslosigkeit hielt Falcke die «Option für die Armen» für dringlicher denn je. Das Kriterium der Nachhaltigkeit (sustainability) sei zwar aus dem Konziliaren Prozess in die politische Diskussion gewandert, «doch es stösst nach wie vor auf den Widerstand kurzfristiger und kurzsichtiger Wirtschaftsinteressen».

Kosovo-Krieg – Ratlosigkeit und Zerrissenheit

Mit Spannung erwartete eine grosse Menschenschar in der Kreuzkirche die Predigt von Friedrich Schorlemmer. Wie bei anderen Friedensbewegten wuchs auch bei den Teilnehmenden an der Tagung angesichts des eskalierenden *Kosovo-Krieges* mit jedem Tag die Ratlosigkeit. Wusste Schorlemmer Rat? Doch nicht nur der ansonsten um kein Statement verlegene Theologe bekannte, er sei noch nie so zerrissen auf eine Kanzel gestiegen, um das Wort zu ergreifen. Dort las er den feierlichen Grundsatz vor, den der Weltkirchenrat in seinem Gründungsjahr 1948 aufstellte: *«Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.»* Leise gab er zu bedenken: «Unsere Fähigkeit, auf diesen Krieg einzugehen, ist beschämend gering, gemessen an der Deutlichkeit, mit der die Ökumenische Versammlung in Dresden vor 10 Jahren als Grundorientierung die vorrangige Option für Gewaltfreiheit formuliert hat.»

Die Ratlosigkeit wurde mit überbordendem Aktionismus weggewischt. Einzelne, so war aus den Hearings zu hören, schrieben Briefe an Politiker, riefen Soldaten zur Desertion auf, planten Demonstrationen und Kundgebungen und reichten beim Generalbundesanwalt «Strafanzeige gegen Kriegstreiber» ein. Auf die Besonderheit dieses Krieges, den viele nicht begrüssen und nicht eindeutig ablehnen können, haben sich die Christinnen und Christen an der Basis noch nicht eingestellt. Quer durch die Tagung wurde ein *abstrakter Pazifismus* gepflegt, der krampfhaft versuchte, jene Geschlossenheit zurückzugewinnen, die früher bestanden hatte. Akteure spielten mit dem Gedanken, eine kirchliche Delegation zusammenzustellen, die zu Milosevic reisen solle.

Prüfstein für die innere Einheit

Wo hat die Gewaltfreiheit ihre Grenzen? Ein Riss ging durch die Delegierten. Deutlich wurde die Kluft zwischen Ost und West bei der Formulierung einer Abschlusserklärung zum Kosovo-Krieg. Aus vielen *ostdeutschen Statements* war herauszuhören: «Das ist nicht unser Krieg, diesen Krieg führt der Westen, die Nato, das Kapital.» Und: «Gewalt löst keine Probleme. Wir Ostler sind die friedlicheren Menschen.» Ostdeutsche Kirchenstimmen im April 1999, zehn Jahre nach der Kerzenrevolution. Auch und gerade an dieser Tagung in Dresden wurde deutlich, dass der Kosovo-Krieg zum Härtetest für die innere Einheit Deutschlands avanciert. Im Vorfeld der Tagung verbreitete eine Umfrage, dass 64 Prozent der Westdeutschen die Nato-Luftangriffe akzeptieren, dagegen nur 40 Prozent Ostdeutsche. Aus den Statements der anwesenden Bischöfe war herauszuhören, wie tief der Spalt in dieser Frage zwischen der Ost- und Westkirche ist. Hier die *Nato-freundliche Volkskirche in Westdeutschland*, dort die *Nato-kritische Kirche in der Ex-DDR*.

Nach wie vor gilt laut Garstecki der 89er Grundsatz, *«Kirche des Friedens»* zu werden. Einig waren sich deshalb alle Diskutierenden, christliche Friedensdienste auszubauen und zu unterstützen. Für die von der Ökumenischen Versammlung geforderten Schritte zu einer zivilen Friedenssicherung ist von Kirchen und Friedensorganisationen ein Anfang gemacht worden. An der Tagung berichtete der Friedenskreis Halle vom Aufbau eines Kinder- und Jugendzentrums in Jajce/Bosnien und einem Hilfswerk in Novi Sad. Gruppen wie Aktion Sühnezeichen und INKOTA berichteten von ihren Kontakten zu serbischen Oppositionellen. In einem Positionspapier der Gruppen wurde der 89er Grundsatz wiederholt: «Wir erteilen Geist, Logik und

Praxis der auf Massenvernichtungsmitteln begründeten Abschreckung eine Absage.»

Im Jahre 10 nach dem Mauerfall sind viele GFS-Aktive deprimiert, dass die Inhalte der Schwerter-zu-Pflugscharen-Bewegung und der Ruf nach «Keine Gewalt» des Pfarrers von St. Nikolai in Leipzig nicht mehr mehrheitstauglich sind. «Und Gewaltlosigkeit», sagt einer, «ist bei den Grünen nur noch eine Phrase.» Hans-Jürgen Fischbeck erweiterte schliesslich den Begriff der *Gewaltfreiheit*. Es gebe nicht nur die militärische Gewalt, sondern auch die *ökonomische*, die heute als solche zu wenig genannt werde. «Wir erleben die Abschottung der Wohlstandsinsel. Es wird eine neue Mauer errichtet, diesmal an Oder und Neisse. Wohlstand als politisches Gut wird gesichert. Ökonomische und militärische Gewalt verbinden sich.» In Ostdeutschland gebe es auch eine *publizistische* Gewalt, die ebenfalls zu wenig benannt würde. Er meinte: «Zur Absage an Gewalt gehört, dass man nachfragt, was alles eigentlich Gewalt ist und wo überall Gewalt geschieht.»

Konziliare Prozesse und Lokale Agenda 21

Einig sind sich viele Netzwerkerinnen und Netzwerker, dass es konziliare Prozesse noch immer gibt, auch wenn sie nicht so heissen und als solche nicht gleich erkennbar sind. Der Berliner *Klaus Wazlawik* sorgte mit seinem Referat zur *«Lokalen Agenda 21»* für Aufsehen. Er erinnerte daran, dass an der Rio-Konferenz 1992 ein heute weitgehend vergessenes weltweites Aktionsprogramm zur Lösung der Probleme des 21. Jahrhunderts entstand, die Agenda 21. In Berlin-Köpenick wurde bereits 1993 eine Initiative unter Watzlawik zur Umsetzung der Agenda 21 gegründet. Die Besonderheit des sogenannten Köpenicker Modells liegt zum einen in der Bedeutung der Kirchen, die neben Bezirksverwaltung und Öffentlichkeit eine der drei Säulen des Prozesses bilden, zum anderen in der zentralen Stellung des Forums «Umwelt und Entwicklung» als offene Basis für Interessierte. Von der Solaranlage auf Kirchendächern bis zu Abfallreduzierung in kirchlichen Einrichtungen wurde das Forum zur Anlaufstelle für Leute, die sich projektbezogen in den Bereichen Ökologie, Ökonomie und Stadtentwicklung engagieren wollen.

Seit Jahren bemüht sich Wazlawik, den Konziliaren Prozess und den «Agenda 21»-Prozess inhaltlich und praktisch zu verzahnen. «In Zukunft sollen die beiden Prozesse in einem Atemzug genannt werden.» Er beruft sich dabei auf die zweite Europäische Ökumenische Versammlung in Graz, die den «Agenda 21»-Prozess «die politische Entsprechung des Konziliaren Prozesses» nannte. In den thematischen Zusammenhang gehöre auch der «Siedlungsipfel» 1996 in Istanbul (HABITAT II). «Der Agenda-Prozess ist zudem weniger abstrakt und theologisiert als der Konziliare Prozess», unterstrich Wazlawik, der damit auf das nahezu vollständige Fehlen junger Leute an der Dresdner Tagung hinwies. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern könne Deutschland wegen der auch kommunal etablierten Umweltpolitik auf zahlreiche «Bausteine» (junge Leute) für den Agenda-Prozess zurückgreifen.

Klaus Wazlawik, in dessen Büro am Berliner Schiffbauerdamm sich die Akten turmhoch stapeln, ist Mitarbeiter im Umweltministerium. Er ist daher zuversichtlich, dass er die Ideen des Konziliaren Prozesses auch in die Bundesregierung tragen kann.

Da sammelt sich was

Fazit der Tagung: Der Konziliare Prozess bleibt in den Kirchen und auch für die Kirchen bedeutsam, denn er sensibilisiert für die akuten politisch-sozialen Konflikte in der Gegenwart. Die Kirchen haben – das wurde in Dresden deutlich – ein ökumenisches Kapital angesammelt, das nicht verspielt werden darf. Die Zeit der Verdauungsphase neigt sich dem Ende zu. Vor allem aber unter Ostdeutschen ist im Jahre 10 des Mauerfalls zu spüren: Da sammelt sich was.